

Abschaffung des Kammerzwangs gefordert

JEH. BERLIN, 18. Oktober. Der Bundesverband für freie Kammern will das deutsche Kammersystem durcheinanderwirbeln und setzt dafür an diesem Freitag Akzente. „Wir wollen den politischen Diskussionsprozess anstoßen, um die Strukturen der Kammern zu ändern und die überfällige Evaluierung der Handwerkskammern zu erreichen“, sagte Kai Boeddinghaus, Bundesgeschäftsführer des Verbandes. In Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt veröffentlichten die Kammerrebellin am Freitag die Erklärung „Handeln für das Handwerk“, die als Kernpunkt die freie Mitgliedschaft der Handwerksbetriebe in allen Körperschaften des Handwerks fordert. Diese hat der Verband mit der Kreishandwerkerschaft Anhalt Dessau-Roßlau/Wittenberg und dem Gesamtverband des Sächsischen Handwerks erarbeitet. „Wir glauben, dass der Kammerzwang und entstandene Verkrustungen ein Innovationshemmnis sind, was die Existenz der Kammern in Frage stellt.“

Die Dessauer Erklärung fordert zudem, dass in jedem Bundesland nur noch eine Handwerkskammer besteht, um Kosten zu sparen. Die Politik soll das Tarifgesetz so ändern, dass die Tarifverträge der Innungsorganisationen auch bei einem Organisationsgrad von unter 50 Prozent für allgemeinverbindlich erklärt werden können. „Wir sind Kammerkritiker, aber keine Zerstörer“, sagte Boeddinghaus. Gemeinsam organisieren die drei Organisationen am Freitag auch eine Diskussionsveranstaltung über die Lage der Kammern.

Nur die gesetzliche Mitgliedschaft aller Unternehmen in einer Region, unabhängig von Größe und Branche, ermöglicht es der IHK, alle Interessen abzuwägen und auszugleichen, sagte dagegen Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Die Organisation plant demnächst, die Jahresabschlüsse aller IHKs im Internet zu bündeln. Aufgelistet werden sollen Einnahmen, Erträge, die Pensionsrückstellungen, die Zahl der Mitarbeiter und Mitglieder, Beteiligungen, Umfang der Ausbildungsverträge und Existenzgründungsberatungen. „Wir finden das gut, aber diesen Worten müssen jetzt Taten folgen“, sagte Boeddinghaus. Sein Verband kritisierte gerade in einem Kammerbericht die Rücklagen der Industrie- und Handelskammern als bundesweit völlig überhöht.